

# Staats-Zeitung

## Halle'sche Neue Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Staats-Zeitung“ erscheint an jedem Montag und Mittwoch. Der monatliche Preis beträgt 2.80 Reichsmark. Der vierteljährliche Preis beträgt 7.20 Reichsmark. Der halbjährliche Preis beträgt 13.60 Reichsmark. Der jährliche Preis beträgt 26.40 Reichsmark. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Die Anzeigen werden nach dem Tarif des Reichsanzeigers berechnet. Die Druckerei: Druckhaus Friedrichs, Halle. Druck-Verlag: Leipzig Nr. 22215. Verlagsort: Halle.

### Neues in Kürze.

#### Druckmeldungen und Radio-Telegramme.

Der Reichstagler hatte Sonnabend früh eine längere Besprechung mit dem Reichswehrminister Gehler. Die Unterredung behandelte die Entwaffnungsnoten des Generals Walch. Die anderweitige Information, die Entwaffnungsnoten würden erst im Späthommer das Kabinett befristigen, erweist damit widerlegt.

Wie wir erfahren, ist General Walch für Konzentration mit dem englischen Vorkomitee zu einer befristeten Besprechung gebeten worden. General Walch ist am Sonnabend von einer Kontrollreise in die Ostpreußen des Reiches nach Berlin zurückgekehrt. In der englischen Vorkomitee ist, wie wir ferner erfahren, der deutschen Regierung zu übermittelnde Antrag eingegangen, die Verhandlungen zu einem neuen Zweipartei-Vertrag abzumachen.

Das Abgeordnete mit dem Namen: In Baderdorf ist ein Anstoß der Internationalen Militärkommission auf einen Treueeid in Schweden und überging sich. Die Inzidenz, Frankreich, erlitten erhebliche Verluste; sie wurden nach Hamburg geschickt.

Die Reichsregierung hat am Sonnabend den Reichskommissar für die besetzten Gebiete zu einem amtlichen Bericht über die Vorgänge in Gernersheim aufgerufen. — Für die Meldung des Saarbrücker Beobachters, daß 24 junge Leute im besetzten Grenzgebietes Friedensgebeten in die Hände gefallen seien, liegt an zuständiger Berliner Stelle eine Befragung nicht vor.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen begannen Montag. Im Auswärtigen Amt fand am Sonnabend eine Vorkonferenz statt. Es wurden die Instruktionen für die deutsche Delegation dahin beschlossen, daß an der Hauptforderung nach Gegenseitigkeit des Niederlassungsrechtes unbedingt festzuhalten ist.

Das Oberlandesgericht Dresden verurteilte den Reichsgerichtlichen Walter Mühl wegen fortgesetzten Betruges militärischer Geheimnisse in 8 Jahren Zuchthaus und Stellung einer Polizeiaufsicht.

Der scheidende Minister des Auswärtigen Dr. Bensch hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Partei der scheidenden Reichsminister teilnehmend auf sein Abgeordnetensmandat verzichtet. Dr. Bensch wird der Partei weiterhin angehören.

Die Rechtsabteilung des scheidenden Reichsjustizministeriums hat im Anschluß an die verwaltschaftliche Aufstellung vom 16. 4. vom Stillsitz in Angelegenheit seines Parteibandes Befreiung erbeten. Auf Aufhebung der Befreiung abgelehnt.

Nach Mitteilung des Statistischen Departements des Dänischen Staates betrug die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark am 9. Juli d. J. insgesamt 46 500 gegen nur 22 400 zur Zeit d. J. des Vorjahres. — Das gleiche Bild in ganz Europa: entweder Währungsverfall oder Arbeitslosigkeit. Was soll aus unserem Gebiet werden, wenn die Hoff- und Kriegspolitik Frankreichs weitergeht wie bisher?

Die belgische Kammer hat den Gesetzentwurf betreffend Entschärfung der Eisenbahnen und die Schaffung einer nationalen Eisenbahngesellschaft in erster und zweiter Lesung angenommen.

Im Großherzogtum Luxemburg ist nach längerer Kabinetsarbeit eine Rechtsregierung zustande gekommen, der die Sozialdemokraten scharfsten Kampf entgegen haben.

Der Reichswehr Staatsminister veröffentlicht ein von König Wilson unterzeichnetes Dekret über Neubauten für die spanische Marine. Danach sind 3 Kreuzer von 10 000 Tonnen Rauminhalt, 3 Zerstörer und 12 Unterseeboote zum Preise von über 377 Millionen Peseten in London in Auftrag gegeben worden. — Erwähnung in der „Staats-Zeitung“ im letzten der Aufsätze an England werden gesehen, erfüllt sich nicht aus den ersten spanisch-englischen Beziehungen wirtschaftlich aus den enorm günstigen Zahlungsbedingungen, die die englische Regierung der Vorkomitee im „Anschlußvertragsvertrag“ durch Arbeit ermöglicht.

## Sturz des Kabinetts Briand.

### Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Das Kabinett Briand ist gestürzt. Mit 288 gegen 243 Stimmen hat die Kammer am Sonnabend abgelehnt, in die Einberufung der Kabinettsbildung des Ermächtigungsgesetzes einzutreten.

Dem allgemeinen Wunsch nach einer möglichst schnellen Lösung der Regierungskrisis, die der Öffentlichkeit nicht verborgen sein, jedoch offensichtlich bei einem Teil des Publikums eine feindelige Stimmung gegen die Kammer ausgelöst hat, ist insofern Genüge getan, als der Präsident der Republik den Auftrag zur Kabinettsbildung bereits, und zwar an Herriot, erteilt hat. Herriot hat diesen Auftrag angenommen und schon mit den führenden Ministern, insbesondere herzogtrugenden Kabinettsmitgliedern, Informationen der Minister aufgelegt, so daß in der Nacht Herriot liegen, ein republikanisches Konzentrationskabinett aufzubauen und das Finanzministerium Barandossé oder de Monzie anzuvertrauen.

### Die französischen Sozialisten lehnen die Beteiligung an der Regierung ab.

Der Vorstand und die Parlamentarier der sozialistischen Partei haben nach mehrstündiger Beratung die ihnen von Herriot angebotene Teilnahme an der Regierung in einer Entschließung abgelehnt, in der erklärt wird, daß die Partei entsprechend dem Selbst ihrer letzten Parteitage an keiner von einer anderen politischen Partei geleiteten Regierung teilnehmen könne. Aufge-

dem hat der Abgeordnete Blum als Generalsekretär der sozialistischen Parlamentarierstation an Herriot ein Schreiben gerichtet, worin festgestellt wird, daß die Bemühungen Herriots um eine Finanzsanierung und die Wiederherstellung einer stabilen Währung durch die Leistung der Nation selbst seitens der sozialistischen Partei auf eine ehrliche Unterstützung werde rechnen können.

#### Herriot-Polacek.

Die offizielle Pariser Tagesagentur gibt die unüberprüfte Nachricht mit, daß Herriot sich heute nachmittag mit Polacek, der von Paris abwesend ist, in Verbindung gesetzt habe.

#### Politische Zusammenstöße bei Versailles.

Wie Paris berichtet, haben sich am Sonntag nachmittag in Paris bei Versailles Zusammenstöße zwischen Kommunisten und den monarchistisch-republikanischen Camelots du Roi ereignet. Wegen Körperverletzung und verbotenen Waffen-tragens wurden 18 Personen verhaftet.

#### Eine neue Faktion.

Die beiden Abgeordneten Reichson und Fontenay-Carrouge haben, wie Paris aus den Verhandlungen der Kammer berichtet, den Versuch gemacht, eine neue fortschrittliche republikanische Gruppe von der demokratisch-republikanischen Bewegung abzutrennen. Dieser Versuch ist von einem breiten Mitglieder der demokratisch-republikanischen Bewegung unterzückt worden.

### Der Nachfolger Abd el Krims.

Nach einer französischen Meldung aus Fez soll El Seggar, den man als Nachfolger Abd el Krims bezeichnet, sich mit Ghezzi und Du Daa verständigt haben, um einen Krieg der Dschehallas, Marokkos und Ghanatas zu Wiederherstellung des Kampfes gegen die Spanier zu organisieren. Zu Daa organisiert bereits den Widerstand. Ein noch nicht unterworfenen Stamm habe seinen Führer, der die spanische Aktion begünstigt zu haben scheint, niedergemacht.

Die Janos aus Rabat meldet, haben die spanischen Truppen in Marokko das Gebiet des Weg von besetzt.

### Kirche und Bergarbeiterstreik.

Der englische Ministerpräsident lehnt ab. Die englischen Kirchenführer haben nach Zustimmung der Arbeiterveteren der Regierung einen Vorstoß zur Beilegung des Kohlenstreites unterbreitet, der Weiterarbeit unter den derzeitigen Bedingungen und Weiterzahlung der staatlichen Unterstützungen an die Grubenbesitzer vorsetzt. Baldwin hat die Weiterzahlung der Staatsunterstützung abgelehnt, sich aber bereit erklärt, am heutigen Montag eine Vorordnung der Kirchenführer zu empfangen.

### Die Schulden Polens.

In einer Sitzung der polnischen Kommission für die Kontrolle über die Staatsschulden wurde ein Ausweis über die Schulden und Garantien des Staates zum 30. Juni 1926 angenommen. Danach betragen die Schulden insgesamt am 1. Juli 9 Milliarden Polens, 120 Millionen Lotz und 3 300 000 Dollar, die Verschuldung im Inlande 74 Millionen Lotz; Auslandsschulden: in Amerika 233 Millionen Dollar, in Frankreich eine Milliarde Franken, England 4 880 000 Pfund Sterling, Italien 465 Millionen Lire, Holland 8 613 000 Gulden, Norwegen 1 577 000 Kronen und 1 448 000 Pfund Sterling, Dänemark 428 000 dänische Kronen, Schweden 6250 schwedische Kronen, Schweiz 89 000 Schweizer Franken, aus dem Titel der Ausführung des Innsbrucker Protokolls in Oesterreich 26 Millionen österreichische Schilling und 26 Millionen Goldtrone.

Außerdem hat der Staat Städte, Privatgesellschaften, sowie Besitzern von Wertpapieren eine Reihe von Finanzgarantien in polnischer und ausländischer Währung gewährt.

Auf der Subventionen Konferenz, die linksstehenden bürgerlichen Oppositionsparteien organisierte wurde beschlossen, eine einheitliche Frontpartei unter dem Namen „Nationaldemokratische Unabhängigkeitspartei“ zu konstituieren.

### Vertrag des rumänisch-griechischen Freundschaftspaktes.

Aerescu begibt sich auf die Audienz.

Der rumänische Minister des Auswärtigen hat von der griechischen Regierung den formalen Antrag erhalten, sofort Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Freundschaftspaktes sowie eines Schiedsvertrages einzuleiten. Der Minister hat den Vorschlag im Prinzip angenommen, der Ministerpräsident Aerescu stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß es gegenwärtig nicht opportun wäre, solche Verhandlungen zu beginnen. Die Antwort an die griechische Regierung wird deshalb abgelehnt sein. Ministerpräsident Aerescu reist bekanntlich zwischen dem 25. Juli und 6. August nach Athen, wo er mit Mustafa Kemal Verhandlungen über eine Balkanpolitik auf neuer Grundlagem führen wird. Von Rom aus wird er sich nach Paris und London begeben.

### Kommunisten-Zusammenstöße.

In Speyer hielt der rote Frontkämpferbund, trotz polizeilichen Verbots, am Sonntag unter Beteiligung der Gasse Baden, Saarland und Hessen, eine Versammlung ab. Als die Polizei einen Anmarsch aufzulösen versuchte, kam es zu Zusammenstößen. Die Polizei machte vom Gummiknüppel Gebrauch, dabei wurden etwa 20 Personen verletzt, darunter einige unbedeutende Zivilisten und Schutze. Die Verhandlungen vorgenommen werden konnten, ergriffen die roten Frontkämpfer die Flucht.

In Kreuztischen (Saargebiet) ist es gestern, anlässlich des vom Reichskriegsverband veranstalteten Verbandstages zu Ausstellungen gekommen. Rote Frontkämpfer griffen, unterstützt von Mitgliedern der freien Gewerkschaften, die sich für den Aufbau formierender Kriegsgewerkschaften mit Säcken an und zerrissen die Säcke und lösten Kriegsgewerkschaften. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte. Die Polizei löste den Festplatz ab, so daß die Fester des Reichskriegsverbandes weiterhin ruhig verlief.

Der Wiederertritt des preussischen Innenministers Geering übertrifft, weil noch am Vorlage der „Borwitz“ die Amtübernahme erst für einen viel späteren Termin in Aussicht gestellt hatte. Wie wir erfahren hat sich Geering erst nach der mehrstündigen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Braun zur sofortigen Wiederübernahme seines Amtes entschlossen. Die Herren sind innerschäftlicher Art. Im übrigen enthält sich innerlich aller Parteien die Überzeugung von Geering's engherzigem Rücktritt mit Wiederbeginn der parlamentarischen Gassen.

### Der Eindruck des Rücktritts

#### In Frankreich

hat der Sturz des Kabinetts Briand-Herriot eine außerordentlich starke Zustimmung im Volke erregt, die mitbestimmend sein kann für die fünftägige Regierungsbildung. Verurteilt wurde der Sturz durch das Vorgehen Herriots, der in fast ungenügender Zurückheit als Kammerpräsident in die Debatte eingriff und, statt zu der Klärung der Währung und der Staatsfinanzen sachlich Stellung zu nehmen, gegenüber den Ermächtigungsforderungen Gaillets, Briands plätsch die große Orgel der Notwendigkeit des Schutzes der verfassungsmäßigen Freiheit und der Souveränität des Parlaments ertönen ließ. Wie er zu diesem Einfall kam, ist unklar, denn er hätte weder die Regierung noch seine Partei von seiner Absicht verläßt, und tatsächlich hat sich seine Partei gegen ihn ausgesprochen, indem sie nur mit 43 Stimmen gegen, aber mit 88 Stimmen für das Kabinett Briand-Gaillet stimmte. Daß Herriot die Volksmeinung völlig verkannt hat, ergibt sich daraus, daß er am Abend vor seiner Besprechung mit dem Präsidenten der Republik von einer müden Menschenmenge mit Schimpfwörtern und Pfiffen empfangen wurde. Auch in der Sitzung seiner Partei, die schließlich mit der Absage an Herriot in eine Regierung endete, kam es zu stürmischen Szenen und Raufereien, in denen die Wut über den unfähigen Parlamentarismus zum Ausdruck kam.

Die Aussichten einer Kabinettsbildung Herriots sind demnach recht ungemüht. Schon nimmt man an, daß der einzige Ausweg eine nationale Regierung unter Polacek sein werde, die die Stabilisierung des Franken ohne Auslandsanleihe und unter Ausschaltung des von Gaillet als Hochbedingung der Stabilisierung bezeichneten Schuldenabkommens mit Amerika versucht. Durch die Weigerung der Sozialisten, in eine nicht rein linksgerichtete Regierung einzutreten, sind die Chancen der Rechte geringen, andererseits ist der Gegensatz zwischen rechts und links sehr verächtlich, so daß die Aussichten auf eine ruhige Entwicklung recht gering sind, und die Pariser Presse den ernstlichen Beforgnissen Ausdruck gibt.

#### In England

ist man durch den Sturz Gaillets-Briands vollkommen überrascht und schwer enttäuscht. Man beklagt eine völlige Aenderung der Außenpolitik, insbesondere der Vorkomiteepolitik, und damit der Konstellation Europas nach den englischen Wünschen. In wirtschaftlicher Beziehung rechnet man nach diesem Scheitern des ersten spanischen Stabilisierungsversuchs Frankreichs einen sofortigen neuen, und zwar gewaltigen Sturz des Franken auf 250 oder gar 300 fr. für das Pfund Sterling, zumal die in Amerika wegen der Zahlungsunfähigkeit Frankreichs bestehende Verärgerung bei etwaiger Aenderung des Schuldenabkommens voranschreitend aus bisherigen Rückfällen vergrößert und offen zum Ausdruck kommen wird.

#### In Deutschland

nimmt die Presse eine ähnliche Haltung wie in England ein. Die vorkomiteepolitische „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Der diktatorische Kurs, den Gaillet anstrebte, war gemeinhin durchaus angebracht. Wir wissen aus den eigenen Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung gemacht haben, daß das Parlament in solchen Lagen schon aus rein technischen Gründen versagen muß. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, eine schwache parlamentarische Mehrheit zu den notwendigen reichen Entschlüssen zu zwingen. Unter den augenblicklichen Umständen scheint mir eines klar, daß der Brand den Sturz des Kabinetts Briand zum Anlaß nehmen wird, seinen eigenen Sturz fortzusetzen.“

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird ausgeführt: „Der große Kampf in der Kammer war der uralte Kampf zwischen den beiden widerstreitenden Faktoren aller staatlichen Lebens zwischen Volk und Staat, Parlament und Regierung, Theorie und Praxis. Die Haltung, die die Kammer eingenommen hat, ist ein Unverstand, der sich notwendigerweise bitter rächen wird. Herriot hat ein für Frankreich durchaus gefährliches Spiel gespielt.“

In der „Berliner (Zentrum)“, die ihren Artikel „Nicht nur bei Briand“ überschreibt, heißt es: „Frankreich ist heute nach ohne Auslandsanleihe in der Lage, seine Währung zu

